

Die Elbe für den Spreewald anzapfen? In Sachsen regt sich Widerstand

Mit dem Braunkohle-Aus fehlt künftig das abgepumpte Wasser aus den Tagebauen. Wie nun das Nass aus den Flüssen neu verteilt werden soll, will der Umweltminister mit Amtskollegen diskutieren.

Sächsische Zeitung (Dresden)

Von Franziska Höhnl

02 Feb. 2026

Sollte in Sachsen künftig Elbewasser abgezapft werden, um nach dem Braunkohle-Aus die Spree zu versorgen? Sachsens Umweltminister Georg-Ludwig von Breitenbuch zeigt sich skeptisch, ob diese viel diskutierte Lösung verfolgt werden sollte: „Seit ich das Amt angetreten habe, habe ich Zweifel, ob das Wasser in der Elbe reicht, um es in die Spree überzuleiten. Ich bin da wirklich skeptisch, das sage ich deutlich“, sagte der CDU-Politiker der Leipziger Volkszeitung und der Sächsischen Zeitung.

Gleichzeitig sei er sich bewusst, dass ein Nein zur Überleitung für die Lausitz auch große Folgen habe. Von Breitenbuch ist dieses Jahr Vorsitzender der Umweltministerkonferenz der Länder. Er will das Thema Wassermanagement im Mai in Leipzig mit seinen Amtskollegen diskutieren und dabei auch auf die Fragen des Braunkohleausstiegs eingehen. Neben der Frage, ob Elbewasser abgezapft werden sollte, stellt sich auch die, wie der große Wasserbedarf für die Flutung der Tagebau-Restlöcher gedeckt werden soll.

„Sachsen-Anhalt wird sich das Wasser nicht abgraben lassen“

Deutlicher äußert sich sein Amtskollege aus dem benachbarten Elbe-Land: „Sachsen-Anhalt wird sich das Wasser nicht abgraben lassen“, hieß es auf Anfrage dieser Zeitung von Umweltminister Armin Willingmann (SPD) aus Magdeburg. Den Wasserhaushalt in der Spreeregion stabil zu halten, sei eine enorme Herausforderung. Die Lösung dürfe nicht anderswo zu großen Problemen führen.

Zur Erinnerung: Angesichts geringer Niederschläge gibt es in der Elbe bereits Probleme mit den Wasserständen. Wie der Naturschutzverband BUND Sachsen gerade vorrechnete, führte der Fluss in Dresden vor-ges Jahr fast ganzjährig Niedrigwasser. Die Folge: Das Grundwasser werde nicht wieder aufgefüllt. Wälder, Felder und Wiesen leiden an chronischer Trockenheit.

Warum sollte es überhaupt denkbar sein, der Elbe noch mehr Flusswasser zu entziehen? Das hat mit einer Folge des Braunkohle-Ausstiegs zu tun.

Während am Montag in Hoyerswerda (Oberlausitz) bilanziert wird, wie die bisherigen Maßnahmen für neue Wirtschaftsstruktur und Lebensqualität greifen, die den Wegfall des Arbeitgebers Braunkohle kompensieren sollen, machen sich Fachleute schon länger Gedanken um die Umweltfolgen.

Dabei ist eigentlich nicht das Ende des Abbaus, sondern die Braunkohleförderung selbst das Problem. Denn: Um den heimischen Rohstoff abzubauen, muss das Grundwasser unter den Vorkommen dauerhaft abgepumpt werden. René Schuster von der Grünen Liga in Brandenburg nennt das abgepumpte Nass „geborgtes Wasser“ für die Spree. Hören Kohleabbau und Pumpen auf, fehlt das Flusswasser.

Eine Studie des Umweltbundesamts prognostiziert, die Spree könnte bis zu 75 Prozent weniger Wasser führen. Mit Konsequenzen für den Spreewald, die umliegenden Seen – und die Berliner Trinkwasserversorgung. Als Gegenmaßnahmen benannt: Talsperren und Wasserspeicher ertüchtigen oder Wasser aus anderen Flüssen zapfen. Die Studie hält eine Überleitung von Elbwasser ab Prossen bei Bad

Schandau „im Hinblick auf die höherwertigen Nutzungen im Spreewald und in der Metropolregion Berlin“ für überlegenswert.

Laut sachsen-anhaltischem Umweltministerium geht es um 150 Millionen Kubikmeter Elbwasser pro Jahr. Das ist mehr als die größte deutsche Trinkwassertalsperre fassen kann, die Rappbodetalsperre im Harz. Dieser Plan gefährde nicht nur das Ökosystem an der Elbe, sondern nehme der Region auch Optionen, wasserintensive Produktion neu anzusiedeln.

Lässt sich das Problem lösen? Das prüft eine Arbeitsgruppe unter Leitung der sächsischen Talsperrenverwaltung, wie von Breitenbuchs Ministerium mitteilte. Außer dem Abzapfen der Elbe sollen weitere Optionen, neben den Chancen für die Spree auch Risiken für die Elbe-Regionen betrachtet werden. Ergebnisse werden Anfang 2027 erwartet.

Bis dahin will von Breitenbuch mit seinem Amtskollegen diskutieren, ob Elbwasser für die Spree eine Option bleibt: „Wir vergessen manchmal, dass es als Alternative noch die Oder und die Neiße gibt.“